

Flüchtlinge, die in kein Konzept passen

Heime im Kanton Zürich stossen bei Placierungen von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen an Grenzen

Im Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen fühlen sich Verantwortliche von Heimen oft überfordert. Die bewährten Strukturen greifen aufgrund kultureller Unterschiede zu kurz.

SUSANNA ELLNER

570 Kinder und Jugendliche leben derzeit im Kanton Zürich, die als Flüchtlinge ohne Begleitung von Erwachsenen eingereist sind. Manche von ihnen sind in einer der sechs kantonalen Einrichtungen untergebracht, die sich auf die sogenannten «mineurs non accompagnés» (MNA) spezialisiert haben und von der Asylorganisation Zürich (AOZ) geführt werden. Andere wohnen in herkömmlichen Asylunterkünften zusammen mit Erwachsenen. Anrecht auf regulären Schulunterricht haben sie alle, doch im Alltag zeigt sich, dass diesem nicht jeder Minderjährige gewachsen ist.

Gezeichnet und traumatisiert von der Flucht, haben manche Mühe, sich zu konzentrieren, vergessen vieles, scheinen kognitiv überfordert oder sind gar nicht alphabetisiert. «Zu erkennen, ob die Schulschwierigkeiten mit einem kognitiven oder einem psychischen Problem zusammenhängen und daher eine sonderpädagogische Schulung oder eine Therapie angezeigt wäre, ist äusserst schwierig», sagt AÖZ-Sozialpädagogin Sandra Costantini. Die Zusammenarbeit mit Dolmetschern, Kulturvermittlern, Psychologen und Heilpädagogen ist deshalb zentral. Nicht zuletzt geht es dabei auch um die Frage, wer im Erwachsenenalter in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden kann.

Keine Familie an Wochenenden

Manchmal kommt es nach einer schulpsychologischen Abklärung zu einer Placierung in einer heilpädagogischen Einrichtung. Doch für solche Spezialfälle sind diese noch kaum gewappnet. In der Stiftung Bühl in Wädenswil werden rund hundert Kinder und Jugendliche betreut, zwei von ihnen sind jugendliche MNA. «Für mehr fehlen uns die Ressourcen», sagt Direktorin Brigitte Steimen. Das Heim verfüge nicht über einen kantonalen Leistungsauftrag, um auch an den Wochenenden offen zu haben, da in der Regel die anderen Bewohner nach Hause zur Familie geschickt würden. In der Folge wurde nun der Schichtplan angepasst, um die beiden Flüchtlinge auch während dieser Zeit zu betreuen.

Kulturelle Missverständnisse können ebenfalls zur Herausforderung werden. Zwei Tage lang hatte die 16-jährige Eritreerin weder getrunken noch gegessen und sich in ihr Zimmer zurückgezogen. Sie konnte sich nicht mitteilen. Niemand wusste, weshalb. Erst als die Kulturvermittlerin beigezogen wurde, klärten sich die Fragen: Die leicht geistig beeinträchtigte Eritreerin war schockiert darüber, dass in der Pfanne für das Fladenbrot auch andere Gerichte zubereitet wurden. In ihrem Kulturkreis ein unentschuldigbares Vergehen. Der 17-jährige



Behinderungen werden in der Heimat des 17-jährigen Afghanen stigmatisiert. G. BASIC/NZZ

Afghane, der ebenfalls im Bühl lebt, hat wiederum Mühe, mit anderen Behinderten unter einem Dach zu leben. Handicaps gelten in seiner Heimat als stark stigmatisierend und sind für die Betroffenen mit viel Scham verbunden. In der Schweiz wird der Lernbehinderte aber zeit seines Lebens auf eine stationäre Unterstützung angewiesen sein, vermutlich in einer begleiteten Aussenwohngruppe.

Landsleute als einziger Halt

«Freiwilligkeit ist zentral bei Placierungsprozessen in hiesige Heimstrukturen», sagt Costantini. Placierungen gegen den Willen der Betroffenen gebe es – ausser etwa bei strafrechtlichen Vorfällen – keine. Als ehemalige Leiterin des MNA-Zentrums Lilienberg in Affoltern erlebte sie, dass sich ein psychisch sehr labiler Jugendlicher im letzten Moment dann doch gegen eine Placierung in einer spezialisierten Einrichtung ausgesprochen hatte. Zu gross war die Furcht, die einzige Orientierung und

Stabilität im Leben zu verlieren: den Kontakt zu den Personen aus dem gleichen Herkunftsland im MNA-Zentrum. Für Stefan Frei, Geschäftsleiter des «Lindenbaum» in Pfäffikon, ist genau dies einer der Knackpunkte. «Wenn wir zu viele MNA aus dem gleichen Herkunftsland zusammennehmen, kann es sein, dass sie eine geschlossene kulturelle Gruppe bilden, zu der wir aufgrund sprachlicher Barrieren keinen Zugang mehr haben. Wenn wir sie nicht zusammennehmen, vereinsamen sie», beschreibt Frei seine Erfahrungen im «Lindenbaum», das lernbeeinträchtigte Jugendliche nach der obligatorischen Schulpflicht aufnimmt.

Passendes Setting fehlt

Für Frei bleiben die MNA schwer fassbar. Oft bleibe unklar, was Ausdruck einer sprachlichen oder kognitiven Einschränkung sei. Während eine Jugendliche mit schweren Traumata und Rückfällen nun erfolgreich eine praktische Ausbildung im Service absolviere, habe ein anderer Jugendlicher aus dem Heim ausgeschlossen werden müssen. Der junge Mann verweigerte sich den Wohnregeln wiederholt, was zu Unstimmigkeiten in der ganzen Gruppe führte. Seiner Herkunftskultur entsprechend lud er Freunde zum Essen ein – die Kosten für die Verköstigung der zehn Aussenstehenden blieben dann aber an der Institution hängen. «Eigentlich haben wir in der Schweiz kein Setting, in das die MNA passen würden», zieht Frei Fazit. Denn man dürfe nicht ausser acht lassen, dass die jugendlichen Flüchtlinge völlig selbstständig nach Europa gekommen seien, autonom agiert hätten und hier nun plötzlich auf sehr strenge Strukturen träfen. Wenn man sie auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereiten wolle, müssten grosse Anpassungen verlangt werden. «Um dies innert kurzer Zeit zu schaffen, wird der Druck erhöht, was jedoch auch die Möglichkeit des Scheiterns vergrössert», sagt Frei.

Costantini plädiert für den Mut, sich von gewissen bewährten Vorgehensweisen zu lösen, welche die Heimlandschaft bisher geprägt haben. «Einige Konzepte greifen zu kurz.» Jemanden «zuzutexten», bringe in diesen Fällen nichts. Die Beziehung zu einem Klienten müsse auf einer anderen Ebene als auf der sprachlichen aufgebaut werden. Gesten, Zeichnungen oder ein gemeinsames Fussballspiel seien mögliche Zugänge. Auch müsse man in Heimen vom fachlichen Credo abkommen, aufgrund von Akten noch vor seinem Eintritt bereits alles über den Klienten zu wissen.

«Dass es auch ohne vorherige Informationen gehen kann, zeigt die Alltagspraxis im Asylwesen», sagt Costantini. Wichtig sei, auf den Ressourcen der jungen Menschen aufzubauen und diese nicht «überzubetreuen». Im Vergleich zu Jugendlichen aus der Schweiz seien sie in vielerlei Hinsicht nämlich geradezu erwachsen. Für eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt könnten sich ihre Kompetenzen wie Selbstverantwortung und das Wissen, wo man anpacken muss, später gar als Trumpf erweisen.

Experten tagen

els. · Auf grosses Interesse bei Fachleuten ist am Freitag eine Tagung in Winterthur gestossen, die sich mit dem Thema «Geflüchtete Kinder und Jugendliche im sonderpädagogischen Kontext» befasst hat. Unter den 180 Teilnehmenden befanden sich unter anderem Heilpädagogen, Schulpflegermitglieder, Vertreter von Sonderschulheimen, kantonale Behörden aus dem Bildungsbereich und Mitglieder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Dabei wurden Erfahrungen aus dem Arbeitsalltag mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ausgetauscht, Informationen zum Asylwesen abgegeben und Fragen erörtert, wie etwa der Umgang mit Kinderrechten oder der Einsatz von interkulturellen Dolmetschern. Der Anlass stand unter der Leitung des Dachverbands sozial- und sonderpädagogische Organisationen im Kanton Zürich.

IN KÜRZE

Neuer Rekord für den ZVV-Ferienpass

vö. · Im Sommer waren 18 892 Kinder und Jugendliche mit dem ZVV-Ferienpass unterwegs. Damit sei die bisherige Höchstmarke von 2015 knapp übertroffen worden, teilt der Zürcher Verkehrsverbund mit. Der Ferienpass kostete 24 Franken und ermöglichte 6- bis 16-Jährigen die freie Fahrt im ganzen Verbund sowie den kostenlosen Eintritt in alle 130 Badeanstalten und zahlreiche Museen. Spitzenreiter bei den Freizeitangeboten waren die vergünstigten Kinotickets und die Gratiseintritte in den Zoo.

Neue Plätze eingeweiht beim Winterthurer HB

flu. · Nach einer Bauzeit von zweieinhalb Jahren hat die Stadt Winterthur beim Hauptbahnhof die neue Fussgänger- und Velounterführung und zwei neue Plätze eingeweiht. Das Bauwerk verbindet Altstadt und Sulzer-Areal auf der Seite der Zürichstrasse und kostet rund 27,1 Millionen Franken. Die zwei Plätze beidseits der Gleise heissen Salzhäusplatz und Kesselhausplatz, wie die Stadt mitteilt. Um Vorschläge für Namen zu bekommen, hatte sie einen Wettbewerb ausgeschrieben. 1126 Ideen gingen ein, rund zehn Prozent enthielten eine Kombination mit «Kessel» oder «Salz», in Anlehnung an die historischen Gebäude in der Nähe.

32-jähriger Schweizer nach Tötungsdelikt verhaftet

fbi. · In einer Wohnung im Zürcher Kreis 8 ist am Dienstagabend die Leiche einer jungen Französin gefunden worden. Die Polizei geht nach den ersten Abklärungen von einem Tötungsdelikt aus. Ein 32-jähriger Schweizer ist festgenommen worden, wie die Kantonspolizei Zürich in einer Mitteilung schreibt. Er gilt als tatverdächtig. Die Einsatzkräfte der Stadtpolizei Zürich waren am Dienstag kurz vor 18 Uhr darüber informiert worden, dass eine Bewohnerin der Liegenschaft regungslos in ihrer Wohnung liege. Die Polizisten konnten, als sie in der Wohnung eintrafen, jedoch nur noch den Tod der 28-Jährigen feststellen. Die Hintergründe der Tat sind jedoch noch unklar.

Winterthurer Privatklinik soll erweitert werden

fbi. · Die traditionsreiche Privatklinik Lindberg in Winterthur soll erweitert werden. Im Rahmen einer Neupositionierung im Gesundheitsmarkt solle die bestehende Landreserve für einen Ausbau der Infrastruktur genutzt werden, schreibt der Winterthurer Stadtrat in einer Mitteilung. Er beantragt deshalb beim städtischen Parlament die Zustimmung zum Gestaltungsplan für das Bauprojekt. Dieser basiert auf den Ergebnissen einer gemeinsam mit der Stadt durchgeführten Testplanung. Ein Entwurf des Gestaltungsplans war im Sommer 2014 öffentlich aufgelegt worden. Daraufhin hatte die Klinik diesen nochmals überarbeitet.

PAROLENSPIEGEL

Kanton Zürich

Kinderbetreuungs fonds

Die Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» will einen Kinderbetreuungs fonds schaffen. In erster Linie sollen den Gemeinden Mittel für die Verbilligung der Betreuungstarife ausgerichtet werden. Gespeist würde der Fonds aus Abgaben der Unternehmen von 2 bis 5 Promille der Lohnsumme – jährlich rund 120 Millionen Franken. Die NZZ-Redaktion empfiehlt ein Nein.

Ja	SP, Grüne, EVP, BDP, AL
Nein	SVP, FDP, CVP, EDU
Stimmfreigabe	GLP

Stadt Zürich

Eishockeystadion

Die Stadt soll sich mit einem Darlehen von 120 Millionen Franken und jährlichen Betriebskosten von maximal 2 Millionen Franken an einem neuen Stadion für die ZSC Lions beteiligen. Ausser AL und Grünen sind alle Gemeinderatsparteien für die Vorlage. Die NZZ-Redaktion empfiehlt ein Ja.

Ja	SP, CVP, GLP, FDP, SVP
Nein	Grüne, AL

Parkgebühren

Die Parkgebühren in der Innenstadt und in Oerlikon sollen erstmals seit 1994 erhöht werden. FDP und SVP befürchten, dass durch höhere Tarife die motorisierten Kunden aus der Stadt vertrieben werden könnten. Die NZZ-Redaktion sagt Nein zur Erhöhung.

Ja	SP, Grüne, AL, CVP, GLP
Nein	FDP, SVP

Schütze-Areal

Für 61 Millionen Franken soll das Schulhaus Heinrichstrasse saniert werden und gleich daneben, auf dem Schütze-Areal im Kreis 5, ein Neubau mit Kindergarten, Quartierhaus und Bibliothek entstehen. Die NZZ-Redaktion empfiehlt ein Ja.

Ja	SP, Grüne, AL, CVP, GLP, FDP, SVP
----	-----------------------------------

Schulhaus Schauenberg

Das Schulhaus Schauenberg im Quartier Affoltern soll abgebrochen und durch einen grösseren Neubau ersetzt werden. Die Kosten für dieses Bauvorhaben belaufen sich auf 50 Millionen Franken. Die NZZ sagt Ja.

Ja	SP, Grüne, AL, CVP, GLP, FDP, SVP
----	-----------------------------------

Mehr Raum für das Waidspital

Vier neue Operationssäle geplant

tox. · Nach dem Stadtspital Triemli soll nun wieder das Zürcher Waidspital saniert werden. Der Stadtrat hat eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet. Ursprünglich hatte er einen Ersatzneubau für die Operationsabteilung, die 1991 zum letzten Mal erneuert worden war, geplant. Aus Kostengründen setzt er nun aber auf die Variante «Erweiterung und Sanierung». Dafür veranschlagt er Kosten von gut 20 Millionen Franken, 10 Millionen weniger, als ein Neubau gekostet hätte. Während des laufenden Betriebs sollen vier neue Operationssäle an den Bestand angebaut werden. Anschliessend werden die alten Gebäudeteile saniert und teilweise umgenutzt. Beispielsweise soll ein ambulanter Operationsbereich entstehen. Beim Gemeinderat beantragt der Stadtrat einen Projektierungskredit für die Ausarbeitung des Bauprojekts. Die Sanierung soll dann bis 2020 erfolgen.